

CLAUS D. CLASSEN

Wissenschaftsfreiheit außerhalb der Hochschule

Tübinger

Rechtswissenschaftliche Abhandlungen

77

Mohr Siebeck

TÜBINGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von
Mitgliedern der Juristischen Fakultät
der Universität Tübingen

Band 77

Wissenschaftsfreiheit außerhalb der Hochschule

Zur Bedeutung von Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz
für außeruniversitäre Forschung
und Forschungsförderung

von

Claus Dieter Classen



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Classen, Claus Dieter:

Wissenschaftsfreiheit außerhalb der Hochschule : zur Bedeutung von Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz für außeruniversitäre Forschung und Forschungsförderung / von Claus Dieter Classen. – Tübingen : Mohr, 1994
(Tübinger rechtswissenschaftliche Abhandlungen ; Bd. 77)

ISBN 3-16-146248-3 / eISBN 978-3-16-163158-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
NE: GT

© 1994 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Bembo Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0082-6731

Thomas Oppermann

in Dankbarkeit gewidmet

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im WS 1992/93 von der Juristischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen als Habilitationsschrift angenommen und im Sommer 1993 für die Drucklegung überarbeitet. Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Thomas Oppermann. Ihm verdankt die Arbeit wichtige Anregungen. Geistig und zeitlich ließ er mir für ihre Anfertigung einen bemerkenswerten Freiraum. Seine Loyalität gab mir erst den Mut, ein solches Projekt in Angriff zu nehmen. Die Widmung der Arbeit vermag diesem Dank nur ungenügend Ausdruck zu verleihen.

Dank gebührt auch Herrn Professor Dr. Wolfgang Graf Vitzthum. Vieles, was ich als sein Assistent von 1984 bis 1986 bei ihm lernte, hat mir auch bei dieser Arbeit geholfen. Zudem nahm er die Mühe des Zweitgutachtens auf sich. Der Fakultät danke ich für die zügige Durchführung des Habilitationsverfahrens sowie die ehrenvolle Aufnahme der Arbeit in die Reihe »Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen«.

Fachlich wie menschlich unentbehrliche Rahmenbedingungen schufen meine Tübinger Assistentenkollegen und trugen so erheblich dazu bei, daß diese Arbeit ohne große »Motivationskrise« geschrieben werden konnte. Herr Dr. Frank Fechner hat das Manuskript in einer Rohfassung gelesen. Frau Dr. Tatjana Geddert-Steinacher M. A. hat nicht nur dies getan, sondern erwies sich auch sonst – wie schon bei etlichen meiner sonstigen wissenschaftlichen Projekte – mit anregender und weiterführender Kritik als unentbehrliche Gesprächspartnerin. Die Überarbeitung für die Drucklegung schließlich war nur möglich dank der engagierten Unterstützung von Frau Christa Böckenkamp und ihrer Mannschaft (Bochum). Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich herzlich dafür, daß sie mir trotz prekärer Finanzlage einen großzügigen Zuschuß zu den Druckkosten bewilligt hat.

Trier/Greifswald, im Februar 1994

Claus Dieter Classen

Inhaltsübersicht

<i>Einleitung</i>	1
-------------------------	---

1. Teil

Empirische Grundlagen

1. Kapitel: <i>Allgemeine Grundlagen der Organisation und Förderung von Wissenschaft</i>	22
2. Kapitel: <i>Forschung und Forschungsförderung im privaten Bereich</i>	33
3. Kapitel: <i>Forschung und Forschungsförderung im staatlichen Bereich</i>	43
4. Kapitel: <i>Exkurs: Forschungslandschaft in der DDR und ihre Überleitung in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft</i>	70

2. Teil

Verfassungsrechtliche Grundlagen wissenschaftlicher Betätigung außerhalb der Hochschule

1. Kapitel: <i>Sachlicher Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit</i>	72
2. Kapitel: <i>Personeller Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit</i>	107
3. Kapitel: <i>Inhalt der Wissenschaftsfreiheit</i>	119

3. Teil

Private Einrichtungen

1. Kapitel: <i>Grundlagen</i>	139
2. Kapitel: <i>Freiheit und Bindung des einzelnen Wissenschaftlers</i>	157
3. Kapitel: <i>Organisation der Forschung</i>	183
4. Kapitel: <i>Forschungsförderung</i>	207

4. Teil

Staatliche Einrichtungen

1. Kapitel:	<i>Materielle Maßstäbe staatlichen Engagements im Wissenschaftsbereich</i>	212
2. Kapitel:	<i>Zur Legitimation wissenschaftsrelevanter Entscheidungen</i>	257
3. Kapitel:	<i>Freiheit und Bindung des einzelnen Wissenschaftlers</i>	286
4. Kapitel:	<i>Organisation der Forschung</i>	307
5. Kapitel:	<i>Projektförderung</i>	333
6. Kapitel:	<i>Staats-, insbesondere Ressortforschung</i>	348
	<i>Schluß: Zusammenfassung und Ausblick</i>	360

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
<i>Einleitung</i>	1
I. Allgemeine Grundlagen außeruniversitärer Wissenschaft	1
1. Zur Bedeutung der Wissenschaft im modernen Staat	1
2. Zu Steuerung und Organisation der Wissenschaft	3
3. Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen außerhalb der Hochschule	5
4. Struktur der Forschungslandschaft außerhalb der Hochschule	7
II. Problemstellung	8
1. Bisherige Fixierung der Interpretation von Art. 5 Art. 3 GG auf das Hochschulwesen	8
2. Strukturunterschiede zwischen Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen	10
3. Daraus resultierende dogmatische Fragen	11
4. Zur Bedeutung des Verfassungsrechts für wissenschaftliche Einrichtungen	12
III. Abgrenzung des Themas	14
1. Spezifische Aspekte der außeruniversitären Wissenschaft	14
2. Forschungsförderungseinrichtungen	15
3. Sonstige wissenschaftsrelevante Institutionen	16
4. Internationale Verflechtung der Forschung	17
IV. Gang der Untersuchung	19

1. Teil

Empirische Grundlagen

1. <i>Kapitel: Allgemeine Grundlagen der Organisation und Förderung von Wissenschaft</i>	22
I. Wissenschaft im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdsteuerung	22
1. Zur Selbststeuerung der Wissenschaft	22
2. Zur Fremdsteuerung der Wissenschaft	26

II. Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse als Voraussetzung der Finanzierung von Forschung	28
1. Bedeutung für Auswahl und Durchführung von Forschungsprojekten: Anwendungsnähe der Forschung	28
2. Ausschließlichkeitsprinzip als Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Verwertung von Forschungsergebnissen	30
III. Instrumente der Organisation und Förderung von Wissenschaft	31
IV. Zur Unterscheidung von privaten und staatlichen Einrichtungen	32
<i>2. Kapitel: Forschung und Forschungsförderung im privaten Bereich</i>	<i>33</i>
I. Forschungseinrichtungen der Wirtschaft	33
1. Forschungslabore der Industrieunternehmen	33
2. Kooperationsformen im Bereich der Wirtschaft	37
a) Allgemeines	37
b) Industrielle Gemeinschaftsforschung	39
II. Sonstige private Forschung	40
1. Sonstige institutionsgetragene Forschungseinrichtungen	40
2. Unabhängige Forschungsinstitute	40
3. Forschung in Nebentätigkeit	41
III. Private Forschungsförderung	41
1. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	42
2. Thyssen-Stiftung	42
IV. Zusammenfassung	43
<i>3. Kapitel: Forschung und Forschungsförderung im staatlichen Bereich</i>	<i>43</i>
I. Grundstrukturen	43
1. Funktionen staatlicher Forschung und Forschungsförderung	43
a) Absicherung der Wissenschaft als eigenes soziales System	44
b) Deckung des staatlichen Eigenbedarfs	44
c) Sozialstaatliche Daseinsvorsorge	45
2. Strukturen der institutionellen Förderung, insbesondere auf der Grundlage von Art. 91 b GG	46
II. Rechtlich selbständige Forschungseinrichtungen	48
1. Max-Planck-Gesellschaft	48
2. Fraunhofer-Gesellschaft	51
3. Großforschungseinrichtungen	53
4. Akademien der Wissenschaften	55
5. Stiftung Wissenschaft und Politik	56
6. »An-Institute«	57

III. Rechtlich unselbständige Forschungseinrichtungen	57
1. Allgemeines	57
2. Deutsches Archäologisches Institut	58
3. Bundesgesundheitsamt	59
4. Umweltbundesamt	60
5. Physikalisch-technische Bundesanstalt	60
6. Militärgeschichtliches Forschungsamt	61
7. HWWA - Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung	61
IV. Forschungsförderung im staatlichen Bereich	62
1. Förderung durch unmittelbar staatliche Instanzen	62
a) Indirekte Förderung	62
b) Direkte Förderung	62
2. Förderung durch rechtlich selbständige Einrichtungen	63
a) Deutsche Forschungsgemeinschaft	63
b) Volkswagenstiftung	66
c) Alexander von Humboldt-Stiftung	67
d) Forschungsförderung über die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen	68
V. Zusammenfassung	69
<i>4. Kapitel: Exkurs: Forschungslandschaft in der DDR und ihre Überleitung in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft</i>	<i>70</i>
I. Struktur bis zur deutschen Einheit	71
II. Überleitung in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft	71

2. Teil

Verfassungsrechtliche Grundlagen wissenschaftlicher Betätigung außerhalb der Hochschule

<i>1. Kapitel: Sachlicher Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit</i>	<i>72</i>
I. Grundlagen	72
1. Spezifisch verfassungsrechtlicher Wissenschaftsbegriff	72
2. Elemente der Wissenschaftsfreiheit	75
3. Wissenschaftsfreiheit und andere Grundrechte	77
II. Zum Begriff der Wissenschaft: Wissenschaftsfreiheit als geistige Freiheit	77
1. Grundlagen	78
a) Anspruch der intersubjektiven Nachprüfbarkeit	78
b) Subjektiver Charakter wissenschaftlicher Erkenntnis	79
c) Eigenverantwortlichkeit des Wissenschaftlers bei Methodenwahl und Bewertung	81

2. Schlußfolgerungen	83
a) Fragestellung	84
b) Methodenwahl	84
c) Bewertung	86
d) Veröffentlichung und sonstige Verbreitung des Forschungsergebnisses	86
e) Arbeit in Forschergruppen	87
III. Wissenschaft als Teil der geistigen Auseinandersetzung	88
1. Publizität als Voraussetzung der Wissenschaftlichkeit?	89
2. Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und Schriftlehre	90
3. Wissenschaftliche Erkenntnis als Entfaltung der Persönlichkeit	91
IV. Wissenschaft und ihre Anwendung	95
1. Zum »Wertfreiheitsgebot« der Wissenschaft	95
2. Wissenschaft, Entwicklung und sonstige wirtschaftliche Verwertung	98
3. Zur Verantwortung eines Wissenschaftlers	100
V. Wissenschaft und ihre Rahmenbedingungen	102
1. Wissenschaft und Organisation	103
2. Wissenschaft als Beruf	104
VI. Zusammenfassung	106
<i>2. Kapitel: Personeller Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit</i>	107
I. Wissenschaftler	108
1. Wissenschaftsfreiheit nur für formal Qualifizierte?	108
2. Wissenschaftler im Staatsdienst	109
II. Wissenschaftsorganisatoren	109
1. Grundlagen	119
2. Arbeitgeber	111
3. Forschungsförderer	112
III. Juristische Personen	114
1. Begriff der juristischen Person	114
2. Voraussetzungen des Grundrechtsschutzes juristischer Personen	115
IV. Zusammenfassung	119
<i>3. Kapitel: Inhalt der Wissenschaftsfreiheit</i>	119
I. Wissenschaftsfreiheit als individuelles Abwehrrecht	120
1. Eingriff	120
2. Schranken	123
II. Wissenschaftsfreiheit als Teil der grundrechtlichen Wertordnung (1): Grundlagen	125

1. Mehrdimensionalität der Wissenschaftsfreiheit	125
2. Positive Dimension der Wissenschaftsfreiheit	126
3. Institutionelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit	128
4. Verfahren und Organisation	130
III. Wissenschaftsfreiheit als Teil der grundrechtlichen Wertordnung (2):	
Verbindungen und Konflikte	132
1. Verbindungen zwischen den verschiedenen Dimensionen	133
2. Konflikte zwischen den verschiedenen Dimensionen	133
3. Subjektives und objektives Recht	134
IV. Wissenschaftsfreiheit als Teil der grundrechtlichen Wertordnung (3):	
Unterschiede im Tatbestand?	135
1. Beschränkung der Wertordnung auf staatliche Einrichtungen?	135
2. Ausschluß von Einrichtungen mit Verwertungsabsicht?	136
3. Beschränkter Anwendungsbereich bestimmter Rechtsfolgen der Wissenschaftsfreiheit	138
V. Zusammenfassung	138

3. Teil

Private Einrichtungen

<i>1. Kapitel: Grundlagen</i>	139
I. Abgrenzung privater von staatlichen Einrichtungen	139
II. Grundrechte der beteiligten Personen	142
1. Wissenschaftler	142
2. Arbeitgeber	143
3. Forschungsförderer	144
III. Grundrechte und Privatrecht	145
1. Grundlagen	145
2. Grundsatz der Verantwortungssphären	150
3. Grundsatz des schonenden Ausgleiches	154
IV. Zusammenfassung	155
<i>2. Kapitel: Freiheit und Bindung des einzelnen Wissenschaftlers.</i>	156
I. Forschung	157
1. Begrenzung des Direktionsrechts des Arbeitgebers durch die Wissenschaftsfreiheit des Arbeitnehmers?	157
2. Recht des Arbeitgebers auf Vorgabe einer »wissenschaftlichen Tendenz«?	158
3. Begrenzung des Direktionsrechts des Arbeitgebers durch die Gewissensfreiheit des Arbeitnehmers	158

II. Veröffentlichung und sonstige Verbreitung von Forschungsergebnissen	160
1. Grundlagen (insbesondere Arbeitnehmerurheberrecht)	160
2. Veröffentlichung und sonstige Verbreitung des Forschungs- ergebnisses als solche	162
a) Bedenken des Forschers	162
b) Bedenken des Arbeitgebers	163
3. Recht des Forschers auf Nennung seines Namens	163
a) Nennung eines Forschers bei urheberrechtlich relevantem Beitrag	164
b) Beteiligung eines Forschers ohne urheberrechtlich relevanten Beitrag	165
c) Nennung eines Forschers bei Fehlen eines urheberrechtlich geschützten Textes	166
4. Publikation bei sachlichen Meinungsverschiedenheiten	166
5. Verfahrenspflichten	167
III. Berufliche Absicherung des Forschers	168
1. Grundlagen	168
2. Befristung des Arbeitsverhältnisses	169
3. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	172
IV. Nebentätigkeitsrecht	174
1. Grundlagen	174
2. Recht auf Nebentätigkeit im allgemeinen	175
3. Insbesondere: Veröffentlichungsbeschränkungen	175
a) Veröffentlichungsbeschränkungen aus wirtschaftlichen Gründen	176
b) Veröffentlichungsbeschränkungen wegen inhaltlicher Bedenken des Arbeitgebers	180
c) Schutz anderer Forscher	182
4. Verfahrenspflichten	182
V. Zusammenfassung	183
<i>3. Kapitel: Organisation der Forschung</i>	183
I. Entscheidungsfreiräume der verantwortlichen Wissenschaftler	184
II. Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen	184
1. Grundlagen: Der »Tendenzschutz«	184
2. Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene	189
a) Voraussetzungen des »Tendenzschutzes«	189
b) Rechtsfolge des »Tendenzschutzes«	192
c) Grenzen der Mitbestimmung außerhalb des »Tendenzschutzes«	197
3. Mitbestimmung auf Unternehmensebene	200
III. Organisation im Außenverhältnis: Forschungs Kooperationen und Kartellrecht	201
1. Grundlagen	201
2. Kartellverbot (1 GWB)	203

3. Zusammenschlußkontrolle (24 GWB)	206
IV. Zusammenfassung	207
<i>4. Kapitel: Forschungsförderung</i>	207
I. Allgemeines	207
II. Insbesondere: Stiftungsaufsicht	208
III. Zusammenfassung	210

4. Teil

Staatliche Einrichtungen

<i>1. Kapitel: Materielle Maßstäbe staatlichen Engagements im Wissenschaftsbereich</i>	212
I. Bisherige Ansätze	212
1. Staatliche Leistungspflicht im individuellen Interesse?	212
2. Institutionelle Garantie wissenschaftlicher Selbstverwaltung?	215
3. Gleichheit?	216
4. Verfahrensausgestaltung als einzige Lösung?	218
II. Grenzen staatlichen Engagements im Wissenschaftsbereich	219
1. Negative individuelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit	219
a) Problematik	219
b) Dogmatische Konstruktion im einzelnen	222
2. Negative institutionelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit	226
a) Problematik	226
b) Dogmatische Konstruktion im einzelnen	229
III. Grundlagen staatlichen Engagements im Wissenschaftsbereich	231
1. Positive institutionelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit	231
a) Problematik	232
b) Originäre Verpflichtungen?	235
c) Derivative Verpflichtungen	236
d) Grundlagen und Grenzen staatlicher Wissenschaftsorganisation im übrigen	237
2. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge	238
3. Deckung des staatlichen Eigenbedarfes	240
a) Problematik	240
b) Forschungseinrichtungen	241
c) Forschungsaufträge	243
4. Zuordnung im einzelnen	244

IV. Konsequenzen für die Grundrechtsförderung	244
1. Zum Verhältnis von Funktion und individueller Freiheit	245
a) Ausgleich der Funktionserfordernisse mit entgegenstehenden Grundrechten der Wissenschaftler	245
b) Subjektivierung der institutionellen Dimension der Wissenschaftsfreiheit ..	247
2. Zur Bedeutung wissenschaftlicher Maßstäbe	248
3. Zur Bedeutung finanzieller Maßstäbe	250
4. Grundrechtliche Stellung der Forschungs- und Forschungs- förderungs-einrichtungen	254
a) Forschungseinrichtungen	254
b) Forschungsförderungseinrichtungen	255
V. Zusammenfassung	256
2. Kapitel: Zur Legitimation wissenschaftsrelevanter Entscheidungen	257
I. Zu den Quellen von Entscheidungslegitimation	257
II. Grundlagen der Entscheidungsteilhabe von Wissenschaftlern	259
1. Grundrechtlich-rechtsstaatliche Legitimation	259
a) Individuelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit	259
b) Institutionelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit?	261
c) Wissenschaftliche Nutzer als Betroffene?	264
2. Staatlich-demokratische Legitimation	265
III. Grenzen wissenschaftlicher Selbstverwaltung	269
1. Minderheitenschutz	270
2. Wahrung von Drittinteressen	271
3. Wahrung von Allgemeininteressen	271
a) Ausgestaltung des Forschungs(förderungs)programms	271
b) Finanzielle Angelegenheiten	273
4. Staatliche Organisationsgewalt?	274
5. Gemischte Gremien	274
IV. Gesetzesvorbehalt	275
1. Allemeine Grundlagen	275
2. Wissenschaftsspezifische Gesichtspunkte	278
V. Exkurs: Gemeinsam vom Staat und Privaten unterhaltene Einrichtungen . . .	281
1. Einrichtungen in gemischter Trägerschaft	281
2. Institutionelle staatliche Förderung ohne Entscheidungsteilhabe	284
VI. Zusammenfassung	285
3. Kapitel: Freiheit und Bindung des einzelnen Wissenschaftlers	286
I. Zur Grundrechtsbindung der Forschungseinrichtung	287

1. Grundsätzliches	287
2. Zur Wertordnung als relevantem Maßstab	288
II. Forschung	290
1. Thematische Bindungen	291
2. Forschungsk Kooperationen und Auftragsforschungen	291
3. Beschränkung auf friedliche Zwecke	293
III. Publikationsrecht und -pflicht	294
IV. Finanzielle Ausstattung des Forschers	298
V. Berufliche Absicherung des Forschers	299
VI. Nebentätigkeitsrecht	301
1. Tatbestandliche Abgrenzung von Haupt- und Nebentätigkeit	302
2. Recht auf Nebentätigkeit	303
3. Anforderungen im Einzelfall	305
VII. Zusammenfassung	306
<i>4. Kapitel: Organisation der Forschung</i>	<i>307</i>
I. Grundsätze	308
1. Grundlagen der Tätigkeit von Gremien	308
2. Interne und externe Gremien	309
3. Mitwirkung der Institutswissenschaftler	310
a) Statusmäßige Abgrenzungen	310
b) Fachbezogene Abgrenzungen	311
4. Mitwirkung sonstiger Mitarbeiter	312
II. Entscheidungen über Forschungsprogramme	315
1. Legitimation von Gremienentscheidungen	315
2. Mehrheitlich einrichtungsintern besetzte Organe	317
3. Mehrheitlich einrichtungsextern besetzte Organe	318
a) Kompetenzen	318
b) Zusammensetzung	320
III. Erfolgskontrolle	322
IV. Finanzfragen	323
V. Personalfragen	323
1. Wissenschaftliche Mitbestimmung	323
2. Mitbestimmung des Personalrats	325
VI. Sonstige Fragen der inneren Organisation	327
VII. Äußere Organisation	328

1. Errichtung, Auflösung und Umstrukturierung von Forschungseinrichtungen	328
2. Rechtsform	332
VIII. Zusammenfassung	332
<i>5. Kapitel: Projektförderung</i>	333
I. Grundlagen	333
II. Materielle Entscheidungsmaßstäbe	335
1. Abschnitte des Forschungsprozesses	335
a) Fragestellung	336
b) Methodenwahl	336
c) Bewertung	338
d) Veröffentlichung der Forschungsergebnisse	338
e) Sonstige Verwertung der Forschungsergebnisse	338
f) Kontrolle	339
2. Organisation der betreffenden Forschungseinrichtung	340
III. Organisationsrecht	341
1. Außenpluralismus	342
2. Recht der einzelnen Einrichtung	343
a) Errichtung, Auflösung und Umstrukturierung von Fördereinrichtungen ..	343
b) Legitimation	343
c) Verfahren und Organisation im übrigen	345
d) Vorherige Fixierung der Förderbedingungen?	346
e) Finanzausstattung	348
IV. Zusammenfassung	348
<i>6. Kapitel: Staats-, insbesondere Ressortforschung</i>	348
I. Stellung des einzelnen Forschers	348
1. Grundrechtsschutz im Außenverhältnis	349
2. Grundrechtsschutz im Dienstverhältnis	350
a) Forschung	350
b) Veröffentlichung von Forschungsergebnissen	351
3. Grundrechtsschutz von Nebentätigkeiten	353
II. Rechtsfragen der Einrichtung	356
1. Grundrechtsschutz	356
2. Binnenorganisation	358
III. Mischformen	358
IV. Zusammenfassung	359

Schluß: Zusammenfassung und Ausblick 360

 I. Wissenschaftsfreiheit und Forschungsorganisation 360

 II. Wissenschaft innerhalb und außerhalb der Hochschule 362

 III. Ausblick: Wer steuert die Wissenschaft? 364

Literaturverzeichnis 366

Register 392

Abkürzungsverzeichnis

In das Verzeichnis sind nur solche Abkürzungen aufgenommen worden, die im juristischen Bereich nicht allgemein üblich sind.

AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AIF	Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen
AK	Alternativkommentar (zum Grundgesetz), hrsg. von Erhard <i>Denninger</i> , Helmut <i>Ridder</i> , Helmut <i>Simon</i> und Ekkehart <i>Stein</i> , 2 Bände, 2. Aufl. Neuwied 1989
AMG	Arzneimittelgesetz (1976)
AP	Arbeitsrechtliche Praxis. Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts, hrsg. von <i>Hueck</i> , <i>Nipperdey</i> und <i>Dietz</i>
AtG	Atomgesetz
AV-	Ausführungsvereinbarung (zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung)
AvH	Alexander von Humboldt-Stiftung
AWI	Stiftung Alfred Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BefrArbVG	Gesetz über die Befristung von Arbeitsverträgen (1985)
BGA	Bundesgesundheitsamt
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz, hrsg. von Rudolf <i>Dolzer</i> und Klaus <i>Vogel</i> , Heidelberg, Stand 1991.
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung
BMFT	Bundesminister(ium) für Forschung und Technologie
BMWI	Bundesminister(ium) für Wirtschaft
BMVg	Bundesminister(ium) der Verteidigung
BVerfG/K	Bundesverfassungsgericht, Kammerbeschuß
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAI	Deutsches Archäologisches Institut
DB	Diskussionsbeitrag
DESY	Stiftung Deutsches Elektronen-Synchrotron
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DKFZ	Stiftung Deutsches Krebsforschungszentrum
DLR	Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.
GBF	Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH
GenTG	Gentechnikgesetz
GFE	Großforschungseinrichtung(en)
GFZ	Geoforschungszentrum Potsdam

GK	Gemeinschaftskommentar – zum Betriebsverfassungsgesetz, von Fritz <i>Fabricius</i> , Alfons <i>Kraft</i> , Wolfgang <i>Thiele</i> , Günther <i>Wiese</i> und Peter <i>Kreutz</i> , 2 Bände, 4. Aufl. Neuwied 1990 – zum Kündigungsschutzgesetz, von Friedrich <i>Becker</i> /Gerhard <i>Etzel</i> / Manfred <i>Wolf</i> , 3. Aufl. Neuwied 1989 – zum Mitbestimmungsgesetz, hrsg. von Fritz <i>Fabricius</i> , Neuwied, Stand 1978.
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht, hrsg. von Walther <i>Fürst</i> , Berlin, Stand 1991.
GKSS	GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH (früher: Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt)
GMBI	Gemeinsames Ministerialblatt
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung
GSF	GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH (früher: Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung)
GSi	Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH
HBWR	Handbuch des Wissenschaftsrechts, hrsg. von Christian <i>Flämig</i> , Volker <i>Grellert</i> , Otto <i>Kimminich</i> , Ernst-Joachim <i>Meusel</i> , Hans-Heinrich <i>Rupp</i> , Dieter <i>Scheven</i> , Hermann Josef <i>Schuster</i> , Friedrich <i>Graf Stenbock-Fermor</i> , 2 Bände, Berlin u.a. 1982
HBWT	Handbuch des Wissenschaftstransfers, hrsg. von Hermann Josef <i>Schuster</i> , Heidelberg 1990
HMI	Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
HWWA	HWWA-Forschungsinstitut für Wirtschaftsforschung, Hamburg (gegründet als Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv)
IPP	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik
KFA	Forschungszentrum Jülich (früher: Kernforschungsanlage Jülich)
KfK	Kernforschungszentrum Karlsruhe
MDC	Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
PTB	Physikalisch-technische Bundesanstalt
RDV	Recht der Datenvereinbarung
RV-Fo	Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (vom 28. 11. 1975)
StrVG	Strahlenvorsorgegesetz
SV	Sondervotum
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
vMK	von <i>Mangoldt</i> , Hermann/Friedrich <i>Klein</i> , Das Bonner Grundgesetz, 3. Aufl. München, Band 1 (bearb. von Christian <i>Starck</i>) 1985
WFR	Wissenschaft, Forschung und Rechnungshöfe, hrsg. von Franz <i>Letzelter</i> und Heinrich <i>Reinermann</i> , Berlin 1981
ZKBS	Zentrale Kommission für biologische Sicherheit

Einleitung

I. Allgemeine Grundlagen außeruniversitärer Wissenschaft

1. Zur Bedeutung der Wissenschaft im modernen Staat

Wissenschaft ist zunächst, auf individueller Ebene, eine bestimmte Form persönlicher Entfaltung¹. Darüberhinaus erfüllt Wissenschaft auch wichtige gesamtgesellschaftliche Funktionen. Eng verbunden mit der persönlichen Entfaltung ist ihre kulturkonstituierende Funktion². Beginnend bereits mit der industriellen Revolution hat sie, anfangs zögerlich, seit dem zweiten Weltkrieg aber mit zunehmender Rasananz, über den Kreis der »scientific community« hinaus Bedeutung in allen gesellschaftlichen Bereichen erlangt³. Die Naturwissenschaften sind als Grundlage technischen Fortschritts im ökonomischen und ökologischen Bereich gefragt. Gerade in Deutschland hängt angesichts der technologisch hoch entwickelten Wirtschaft das Wachstum des Volkseinkommens entscheidend vom Erfolg der industriellen Forschung und Entwicklung ab⁴. Nicht zu Unrecht hat man die Pflege naturwissenschaftlicher Forschung daher als »Sozialpolitik auf lange Sicht« gekennzeichnet⁵. Der Anteil der seitens der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung aufgewandten Mittel am Bruttosozialprodukt verdoppelte sich von 1965 bis 1985 von knapp 1 auf knapp 2 %⁶. Gemessen am Umsatz der einzelnen Unternehmen ist dieser Aufwand im Schnitt von 1971 bis 1985 von

¹ Siehe dazu BVerfGE 35, 79 (112) – nds. VorschaltG; *Oppermann*, Freiheit, Rdnr. 17; *Kirsch*, Grundlagen, S. 132.

² Siehe dazu BVerfGE 35, 79 (114) – nds. VorschaltG; *Schelsky*, Einsamkeit, S. 95 ff.; vgl. auch *Oppermann*, Freiheit, Rdnr. 23.

³ BVerfGE 47, 327 (368, 370) – hess. UG; *Schmitz* et al., Staat, S. 5; *Schelsky*, Einsamkeit, S. 154 ff.; *Häberle*, Freiheit, S. 350; *Oppermann*, Freiheit, Rdnr. 62 f.; *Mittelstraß*, Forschung, S. 14; *Merton*, Forschungsinteressen, S. 38; *Klages*, Rationalität, S. 11 ff.; *Mack*, Ethik, S. 32 f.

⁴ *Poensgen/Hort*, Aufwand, S. 73; Großforschungsbericht, BT-Drs. 10/1327, S. 19 ff., 24; *Dickert*, Naturwissenschaften, S. 26 f.; *Hornschild*, Innovation, HBWT, S. 182; *Kreibich*, Wissenschaftsgesellschaft, S. 48 ff.; *Spiegel-Rösing*, Wissenschaftsentwicklung, S. 94; *Losch*, Wissenschaftsfreiheit, S. 127; *Brockhoff*, Forschung, S. 110; *Beier/Straus*, Schutz, S. 4 (Wissenschaft als »Produktionskraft« neben den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital).

⁵ So die Deutsche Bremsergesellschaft, zitiert nach *Stamm*, Staat, S. 198.

⁶ *Echterhoff-Severitt/Körber/Wudtke*, Forschung, S. 12, Grafik 1; vgl. auch Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung 1988, BT-Drs. 11/6886, S. 48.

2,71 auf 3,46 % gestiegen⁷. Ähnliches gilt für die Relation zur Zahl der Beschäftigten⁸.

Die steigende Bedeutung der Wissenschaft ist nicht auf den Wirtschaftssektor beschränkt. Für die Gesellschaft im übrigen wie für den Staat macht die zunehmende Komplexität der Lebenssachverhalte und das Erfordernis, das jeweils eigene Handeln auf diese Entwicklung abzustimmen, den Rückgriff auf die Wissenschaft als Entscheidungshilfe vielfach unverzichtbar⁹. Über kaum eine politische Frage wird heute ohne Heranziehung wissenschaftlicher Argumente gestritten; nicht selten wird die Wissenschaft selbst zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Hochtechnologien wie Kern- und Gentechnologie liefern hierfür anschauliche Beispiele. Zur Kennzeichnung dieser Entwicklung hat man den Ausdruck »Wissenschaftsgesellschaft« geprägt¹⁰.

Dieser Bedeutungszuwachs der Wissenschaft weist in jeder Beziehung einen ambivalenten Charakter auf. In gesellschaftspolitischer Hinsicht wird die Wissenschaft zum Teil als Instrument zur Findung des Gemeinwohls betrachtet¹¹. Von anderer Seite wird kritisiert, daß sie – vermeintlich? – Sachzwänge begründet und damit den Freiraum demokratischer Willensbildung einschränkt¹². Diese Entwicklung hat der Wissenschaft einen bedeutsamen Platz in der Gesellschaft gesichert¹³, sie jedoch zugleich auch unter steigenden Interessendruck gebracht¹⁴. Gelegentlich geht dies so weit, daß die Wissenschaft weniger Grundlagen für noch zu treffende Entscheidungen liefern als vielmehr bereits getroffene Entscheidungen nachträglich legitimieren und gegen Kritik absichern soll¹⁵. Dieser Erwartungsdruck an die Wissen-

⁷ Wudtke, *Forschung*, S. 46, Tabelle 12.

⁸ *Echterhoff-Severitt/Körper/Wudtke, Forschung*, S. 14, Grafik 2.

⁹ *Brohm, Beratung*, Rdnr. 1 ff.; *Eckert/Osietzki, Wissenschaft*, S. 13; *Gadamer, Unverständlichkeit*, S. 26; *Knorr, Politisches System*, S. 88 ff.; *Dietzel, Wissenschaft*, S. 16, 99 ff.; *Habermas, Technik*, S. 120 ff.; *Matz, Freiheit der Wissenschaft*, S. 402.

¹⁰ So der Titel des Buches von *Kreibich* (vgl. insbesondere S. 24 f.); siehe auch *Kirsch, Grundlagen*, S. 24; *Hohn/Schimank, Konflikte*, S. 14.

¹¹ *v. Arnim, Gemeinwohl*, S. 54 ff.; *Losch, Wissenschaftsfreiheit*, S. 127 f.; vgl. auch BVerfGE 85, 264 (292) – Parteienfinanzierung.

¹² *Habermas, Technik*, S. 79, 116, 128 f.; vgl. auch *Falter/Füllgraf, Verantwortung*, S. 22: »Freiheit der Forschung (bedeutet) heute die Freiheit zur Gesellschaftsveränderung in einem nie dagewesenen Durchdringungsgrad«.

¹³ *Neidhart, Selbststeuerung*, S. 9; *Krohn/Küppers, Selbstorganisation*, S. 83; *Tenbruck, Wissenschaft*, S. 336.

¹⁴ Siehe dazu *Böhme/van den Daele/Krohn, Finalisierung*, S. 129; *van den Daele/Krohn/Weingart, Politische Steuerung*, S. 13; *Neidhart, Selbststeuerung*, S. 9; *Matz, Freiheit der Wissenschaft*, S. 402; *Krohn/Küppers, Selbstorganisation*, S. 83; *Klages, Rationalität*, S. 14; *Oppermann, Kulturverwaltungsrecht*, S. 105 Fn 143; *Dickert, Naturwissenschaften*, S. 66, 68; *Schelsky, Einsamkeit*, S. 159 ff.; *Spiegel-Rösing, Wissenschaftsentwicklung*, S. 21 f., 83 ff.; *Gadamer, Wahrheit II*, S. 44.

¹⁵ Siehe dazu *Häußler et al., Konzepte*, S. 39, 41, 87; *Brohm, Beratung*, S. 17; *Bartholomäi, Ressortforschung*, S. 286; *Knorr, Politisches System*, S. 93 ff.; *Bühl, Wissen-*

schaft läßt sich nicht allein damit rechtfertigen, daß die Gesellschaft wegen des Umfangs der öffentlichen Finanzierung des Wissenschaftsbetriebes auch entsprechende Gegenleistungen erwarten kann¹⁶. Er kann nämlich Gefahren nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Gesellschaft entstehen lassen. Wissenschaft bietet methodisch erarbeitetes und daher besonders verlässliches Wissen. Ihre Resultate können nur mit wissenschaftlichen Methoden kritisiert werden und sind gegenüber sonstiger Kritik immun¹⁷. Wer über wissenschaftlich fundiertes Wissen verfügt, besitzt eine besondere Machtposition¹⁸. (Auch) wissenschaftliche Fragen werden damit zu Machtfragen.

Um so wichtiger ist daher die Gewährleistung wissenschaftlicher Kritik. Die für eine Demokratie notwendige Offenheit der geistigen Auseinandersetzung, die Möglichkeit zu solcher Kritik aber wäre ernsthaft beschnitten, gäbe es nicht unabhängige, pluralistische Forschung, deren Ergebnisse zudem frei verfügbar sind. Indem die Wissenschaft Konsequenzen bestimmter politischer Entscheidungen aufzeigt, erfüllt sie eine aufklärend-kritische Funktion¹⁹ und kann zur Gestaltung einer verantwortungsbewußten Politik beitragen; hier kommt nicht zuletzt den Sozial- und den Geisteswissenschaften eine wichtige Rolle zu.

2. Zu Steuerung und Organisation der Wissenschaft

Aus diesem Grunde kommt der Frage eine zunehmende Bedeutung zu, wer über die für die wissenschaftliche Entwicklung maßgeblichen Gesichtspunkte entscheidet, wer also bestimmt, wer welche Fragen mit welchem wissenschaftlichen Methoden bearbeitet und wer Zugang erhält zu den dabei gefundenen Ergebnissen. Ansatzpunkt für diese Steuerung der Wissenschaft sind zunächst die unmittelbar wissenschaftsbezogenen Fragen, also die Auswahl und die Durchführung von Forschungsprojekten sowie die Veröffentlichung von deren Ergebnissen. Daneben kann die Steuerung indirekt erfolgen, nämlich über die für die Durchführung von Wissenschaft erforderlichen

schaftssoziologie, S. 190; *Lundgreen et al.*, Forschung, S. 193; *Dietzel*, Wissenschaft, S. 105 f.

¹⁶ Vgl. aber *Slemeyer*, Prioritätenplanung, S. 127; *Weibel*, Forschung, S. 35; *Lehr*, Probleme, S. 21.

¹⁷ *Markl*, Wissenschaft, S. 17; *Krohn/Küppers*, Selbstorganisation, S. 75; *Tenbruck*, Wissenschaft, S. 346 f.; *H.P. Schneider*, »... Denn sie tun nicht, was sie wissen!«, S. 138.

¹⁸ *Habermas*, Technik, S. 54; *Kreibich*, Wissenschaftsgesellschaft, S. 134 ff.; *Storer*, Kritische Aspekte, S. 110; *Matz*, Freiheit der Wissenschaft, S. 402; *Schmitz et al.*, Staat, S. 408; *Krohn/Küppers*, Selbstorganisation, S. 71; *Mehrtens*, Reinheit, S. 51; *Falter/Füllgraf*, Verantwortung, S. 22.

¹⁹ *Albert*, Kritik, S. 157; *Markl*, Wissenschaft, S. 23, 31; *E. Fechner*, Menschenwürde, S. 663 f.; *Vogel*, DB, VVDStRL 27, S. 201; *Denninger/Lüthje*, Hochschulrahmengesetz, vor § 3 Rdnr. 29; *Merton*, Forschungsinteressen, S. 99; *Myrdal*, Wertproblem, S. 78; *Dietzel*, Wissenschaft, S. 179; *Radnitzky*, Wissenschaftstheorie, S. 96 f.

Ressourcen. Zu nennen sind hier insbesondere Finanzmittel und Personalauswahl. Nun ist Wissenschaft generell, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, auf solche Ressourcen angewiesen. Sie kann sie sich aber in aller Regel nicht selbst verschaffen, sondern ist auf Zuwendungen von dritter Seite angewiesen. Die dafür notwendigen Mittel sind aber sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich nur begrenzt vorhanden. Damit werden Auswahlentscheidungen unumgänglich, die eine solche Steuerung sogar unvermeidlich sein lassen²⁰. In diesem Rahmen kommt den Stätten der Forschung eine wichtige Bedeutung zu. Forschung wird heute nämlich weithin in organisiertem Rahmen, also in Forschungseinrichtungen durchgeführt. Freiheit und Bindung eines Forschers im Verhältnis zur Einrichtung, bei der er beschäftigt ist, haben aber einen erheblichen Einfluß auf dessen wissenschaftliche Tätigkeit. Soweit solche Bindungen bestehen, kommt darüberhinaus dem Organisationsrecht der Einrichtung eine wichtige Rolle zu.

Die verfassungsrechtlich entscheidende Frage lautet dementsprechend, welche Rahmenbedingungen das Grundgesetz für diese Steuerung, also für die Strukturen von Forschungseinrichtungen setzt. Als steuernde Kräfte lassen sich empirisch im einzelnen vor allem vier Gruppen beobachten²¹:

- der/die an einem wissenschaftlichen Projekt unmittelbar beteiligte(n) Wissenschaftler;
- die »scientific community« im übrigen, also die Gesamtheit der Wissenschaftler, bestimmte, abgegrenzte Gruppen oder auch als deren Repräsentanten einzelne Wissenschaftler, die aber jedenfalls nicht unmittelbar an dem betreffenden Projekt beteiligt sind;
- der Staat, in der Bundesrepublik also der Bund, die Länder und gegebenenfalls die diesen zuzurechnenden Rechtsträger;
- gesellschaftliche, also private Akteure.

Diese vier Akteure ziehen nicht notwendigerweise an einem Strang, im Gegenteil. Soweit der Staat oder gesellschaftliche Akteure Wissenschaft für eigene, nichtwissenschaftliche Zwecke einsetzen wollen, ist ein Konflikt mit den beteiligten Wissenschaftlern vielfach schon vorprogrammiert. Da Wissenschaft häufig in der Widerlegung, zumindest aber in der Nuancierung bislang akzeptierter Aussagen besteht, kann gleiches für das Verhältnis von scientific community zu einzelner Wissenschaftler gelten. Aber auch zwischen den an einem bestimmten Projekt beteiligten Wissenschaftlern kann es zu Meinungsverschiedenheiten kommen.

In Abhängigkeit von der angesprochenen Steuerung der Wissenschaft und damit nach subjektiven Gesichtspunkten wird zum Teil zwischen Grundla-

²⁰ Spiegel-Rösing, Wissenschaftsentwicklung, S. 86; Neidhardt, Selbststeuerung, S. 9; Hohn/Schimank, Konflikte, S. 15.

²¹ Spiegel-Rösing, Wissenschaftsentwicklung, S. 14 ff.

genforschung und angewandter Forschung unterschieden. Grundlagenforschung ist danach Forschung, bei der noch keine Verwertung ins Auge gefaßt ist, die vielmehr um ihrer selbst willen durchgeführt wird. Angewandte Forschung ist demgegenüber solche, die betrieben wird, um ihre Ergebnisse anschließend praktisch zu verwerten²². Andere differenzieren objektiv: Grundlagenforschung liefert Erkenntnisse, die von einer Verwertung recht weit entfernt sind, während die Ergebnisse angewandter Forschung relativ leicht einer Verwertung zugeführt werden können²³. Beide Definitionen decken sich nicht²⁴. Zur Kennzeichnung von Grenzfällen wird gelegentlich der Begriff der anwendungsorientierten Grundlagenforschung verwendet²⁵. Zum Teil wird auch der Wert der Abgrenzung völlig bestritten²⁶. Nachfolgend sollen die Begriffe zweckfreie Forschung und anwendungsferne Forschung den Unterschied für die Grundlagenforschung deutlich machen, anwendungsorientierte und anwendungsnahe Forschung für die angewandte Forschung.

3. Bedeutung der Wissenschaftseinrichtungen außerhalb der Hochschule

Traditionell wurde Wissenschaft hauptsächlich an den Universitäten betrieben, die in erheblichem Maße der wissenschaftlichen Selbststeuerung unterliegen. In besonderem Maße gilt dies für deren wissenschaftliches Programm. Die Bedeutung, die die Wissenschaftsfreiheit insoweit entfaltet, ist in den Grundzügen mittlerweile geklärt²⁷. Daneben hat sich aber eine außeruniversitäre Forschungslandschaft entwickelt, die vor allem nach dem zweiten Weltkrieg einen erheblichen Aufschwung genommen hat²⁸ und mittlerweile jedenfalls quantitativ den Hochschulbereich weit hinter sich gelassen, bislang im juristischen Schrifttum jedoch nur eine geringe Beachtung gefunden hat. Das Gesamtbudget »Forschung« der Bundesrepublik betrug im Jahre 1989 insgesamt in etwa 66,7 Mrd DM. Zu diesem Betrag trugen die Wirtschaft 42,4 Mrd DM, der Bund 13,9 Mrd DM und die Länder 9,1 Mrd DM bei; aus sonstigen Quellen kamen 1,3 Mrd DM. Eingesetzt wurden diese Gelder wie folgt: in der Wirtschaft 47,3 Mrd DM, in (sonsti-

²² So *Mayntz*, Forschungsmanagement, S. 127; *Bühl*, Wissenschaftssoziologie, S. 89; *Andersson*, Freiheit, S. 72; *Klages*, Rationalität, S. 49; *Lehr*, Probleme, S. 7; *Meusel*, Außeruniversitäre Forschung, Rdnr. 2 f.

²³ So *Schmude*, Wissenschaft, S. 89.

²⁴ *van den Daele/Krohn/Weingart*, Politische Steuerung, S. 12.

²⁵ So *Majer*, Industrieforschung, S. 72.

²⁶ So *Krauch*, Organisierte Forschung, S. 45; *Barnes*, Size and definition, S. 20 f.; dazu auch *Klages*, Rationalität, S. 45 f.

²⁷ Siehe dazu insbesondere BVerfGE 35, 79 ff. – nds. VorschaltG – sowie 47, 327 ff. – hess. UG; *Oppermann*, Freiheit, Rdnr. 55 ff.; *vMK/Starck*, Grundgesetz, Art. 5 Rdnr. 241 ff.; *MD/Scholz*, Grundgesetz, Art. 5 Abs. 3 Rdnr. 151 ff.

²⁸ Siehe dazu *Oppermann*, Kulturverwaltungsrecht, S. 410 ff.

gen) außeruniversitären Forschungseinrichtungen 8,4 Mrd DM, im Hochschulbereich 9,1 Mrd DM sowie im Ausland 1,9 Mrd DM²⁹.

Nun mag es durchaus sein, daß bei diesen Berechnungen gerade im Bereich der Wirtschaft der Begriff der Forschung zum Teil großzügiger, auch eher der Entwicklung zuzurechnende Tätigkeiten erfassend bestimmt wurde, als dies den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten entspricht³⁰. Auch korrespondiert der finanzielle input nicht notwendigerweise mit dem wissenschaftlichen output einer Forschungseinrichtung³¹. Insbesondere die im außeruniversitären Bereich maßgeblich vertretene naturwissenschaftliche Großforschung wirkt insoweit verzerrend. Dennoch wird mittlerweile – nicht zu Unrecht – die Frage erhoben, ob die Forschung aus den Hochschulen auswandert³². Die Gründe dieser Entwicklung sind vielschichtig. Auf die steigende Bedeutung der Forschung für die Industrie wurde bereits hingewiesen. Vielfach wird auch angenommen, daß die zunehmende Komplexität der Forschung jedenfalls im naturwissenschaftlichen Bereich eine steigende Größe und eine starke Interdisziplinarität der Forschungslabore bedinge, die die traditionellen, in Fakultäten zusammengefaßten Universitätsinstitute überfordere³³. Zwar ist im Zuge der Umstrukturierung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern im Gefolge der deutschen Einheit wieder Forschung in die insoweit bis dahin weitgehend ausgebluteten Hochschulen zurückverlagert worden³⁴. Doch spricht viel dafür, daß dies nur eine Unterbrechung, nicht aber den Beginn einer nachhaltigen Umkehrung der geschilderten Entwicklung bedeutet.

Der Umstand, daß außeruniversitäre Forschung erst in jüngerer Zeit ein solches Gewicht erlangt hat, ermöglicht weiterhin bereits jetzt zwei Feststellungen für die weitere Untersuchung. Zum einen könnte eine vertiefte historische Betrachtung allenfalls Teilaspekte des Themas erfassen und unterbleibt deswegen. Zum anderen spielt das Landesverfassungsrecht kaum eine eigenständige Rolle. Zwar enthalten einige Landesverfassungen gerade für den kulturellen Bereich etliche, über die knappen Garantien des Art. 5 Abs. 3 GG hinausgehende Regelungen. Soweit sie eine allgemeine

²⁹ Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung 1988, BT-Drs. 11/6886, S. 24.

³⁰ Das Frascati-Handbuch der OECD rechnet neben der Grundlagen- und der angewandten Forschung auch die sog. experimentelle Entwicklung hinzu (Ziff. 43, 138), die verfassungsrechtlich nicht zum Wissenschaftsbegriff gehört (siehe dazu unten S. 98 ff.).

³¹ *Weingart / Winterhager*, Vermessung, S. 40 ff.; OECD, Frascati-Handbuch, Ziff. 13; vgl. auch *Köstlin*, Kulturhoheit, S. 200; *Blum*, Umsetzung, S. 21.

³² Vgl. etwa den entsprechenden Titel des Aufsatzes von *Queisser*; siehe ferne dazu *Ritter*, Großforschung, S. 112.

³³ *Klages*, Rationalität, S. 18.

³⁴ Vgl. dazu auch die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern, Allgemeiner Teil, abgedruckt im Deutschland Archiv, 1991, S. 994 ff. (995, 1000).

Förderpflicht für die Wissenschaft statuieren – so Art. 140 Abs. 1 LV Bayern, Art. 11 Abs. 2 LV Bremen, Art. 18 Abs. 1 LV Nordrhein-Westfalen, Art. 9 LV Schleswig-Holstein –, gehen sie nicht über die vom Bundesverfassungsgericht aus dem Grundgesetz abgeleiteten Maßstäbe hinaus³⁵. Ausdrückliche Garantien wissenschaftlicher Selbstverwaltung aber gibt es bislang fast nur für den Hochschulbereich (so Art. 20 LV Baden-Württemberg, Art. 138 Abs. 2 LV Bayern, Art. 32 LV Brandenburg, Art. 60 LV Hessen, Art. 16 Abs. 1 LV Nordrhein-Westfalen, Art. 39 Abs. 1 LV Rheinland-Pfalz, Art. 33 Abs. 2 LV Saarland, Art. 107 LV Sachsen, Art. 31 Abs. 2 LV Sachsen-Anhalt). Eine ausdrückliche Erwähnung außeruniversitärer Forschung gibt es nur in Verfassungen der neuen Bundesländer, dort aber gleich in drei der bislang vier verabschiedeten Verfassungen. In Mecklenburg-Vorpommern wird das Recht auf Selbstverwaltung nicht nur Hochschulen (Art. 7 Abs. 3 LV), sondern auch »anderen wissenschaftlichen Einrichtungen« (Art. 7 Abs. 4 LV) eingeräumt. Die Verfassung von Sachsen enthält ein in seiner Bedeutung allerdings vage bleibendes Bekenntnis dieses Freistaates zur Trägerschaft der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (Art. 121 LV). Die Verfassung von Sachsen-Anhalt schließlich verpflichtet den Staat, nicht nur Hochschulen, sondern auch »andere wissenschaftliche Einrichtungen« in ausreichendem Umfang einzurichten, zu unterhalten und zu fördern (Art. 31 Abs. 1 LV). In diesen Fällen geht das Landesverfassungsrecht also über das Bundesverfassungsrecht hinaus und macht zugleich die steigende Bedeutung außeruniversitärer Wissenschaft deutlich.

4. Struktur der Forschungslandschaft außerhalb der Hochschule

Überblickt man die rein privat getragenen Einrichtungen, so dominiert eindeutig die angewandte Forschung. Daß dort wiederum die Forschungslabore der Industrieunternehmen den Vorrang einnehmen, ergibt sich aus den bereits genannten Zahlen. Für ihre Tätigkeit ebenfalls auf wissenschaftliche Grundlagen angewiesen sind daneben auch eine Reihe nichtkommerzielle Ziele verfolgender gesellschaftlicher Institutionen, die zur Deckung dieses Bedarfes ebenfalls eigene Forschungsstätten unterhalten. Zu nennen sind etwa Verbände und Partei(stiftung)en. Schließlich gibt es unabhängige Forschungsinstitute, die jedoch ganz überwiegend von Auftragsforschung leben, und schließlich den Graubereich von Personen, die beruflich nicht im engeren Sinne als Wissenschaftler tätig sind, aber – wie etwa einige Ärzte oder Richter – aus ihren beruflichen Erfahrungen heraus sich neben der eigentlichen Berufstätigkeit wissenschaftlich betätigen.

³⁵ Allgemein zur geringen Bedeutung der Landesgrundrechte *Graf Vitzthum*, Bedeutung, S. 35 ff. – In Thüringen waren die Verfassungsberatungen bei Abschluß der Arbeit noch nicht zu einem Ende gekommen.

Im staatlichen Bereich lassen sich von den Aufgaben her unterscheiden Einrichtungen, die der Grundlagenforschung dienen und sich wissenschaftlich weitgehend selbst verwalten, Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge und der Förderung der technologischen Entwicklung dienen und vielfach auf eine Kooperation mit der Wirtschaft angelegt sind, und schließlich Einrichtungen, die die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Staates liefern und mit dessen jeweiligem Entscheidungsträger eng verbunden sind. Organisatorisch lassen sich rechtlich selbständige, vom Staat ganz oder teilweise institutionell geförderte Einrichtungen scheiden von solchen, die rechtlich unselbständig, vielfach eher behördenmäßig organisiert und in die allgemeine Staatsverwaltung mehr oder weniger stark integriert sind. Schließlich ist die föderale Komponente zu beachten: Es gibt vom Bund, von einzelnen oder mehreren Ländern sowie von beiden gemeinsam getragene Forschungseinrichtungen. Sporadisch werden Forschungseinrichtungen auch auf kommunaler Ebene unterhalten.

Unabhängig davon, ob die Rolle der Universität als »Gelehrtenrepublik«, wie man sie in der Vergangenheit zum Teil verstanden hat, auf Dauer erhalten bleiben wird³⁶, läßt sich auf jeden Fall festhalten, daß der Kreis der von außeruniversitären Forschungseinrichtungen wahrgenommenen Funktionen weitaus größer ist, als er allein von den Hochschulen – selbst bei einer modifizierten Struktur derselben – erfüllt werden kann. Keinen nennenswerten Einfluß auf diese Grundstrukturen hat schließlich die deutsche Einheit ausgeübt. Die »Einpassung von Wissenschaft und Forschung in dem in Art. 3 (EV) genannten Gebiet in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland« (so Art. 38 EV) hat im Ergebnis weitgehend (nur) zu einer Erstreckung der westdeutschen Forschungslandschaft auf Ostdeutschland geführt.

II. Problemstellung

1. Bisherige Fixierung der Interpretation von Art. 5 Abs. 3 GG auf das Hochschulwesen

In der Diskussion um die Interpretation der in Art. 5 Abs. 3 GG verankerten Wissenschaftsfreiheit hat sich ganz überwiegend durchgesetzt, daß sich insoweit zwei Garantien unterscheiden lassen: das subjektive, individuelle Abwehrrecht und ein teils als institutionelle Garantie, teils als Element der grundrechtlichen Wertordnung bezeichneter objektivrechtlicher Gehalt. Soweit bislang aus diesen Garantien konkrete Rechtsfolgen abgeleitet wurden, stand die Universität im Mittelpunkt des Blickfeldes. In besonderem Maße gilt dies für den objektivrechtlichen Gehalt. Zum Teil wird er ausdrücklich auf die Universität beschränkt. Auch soweit dies nicht der Fall ist, stehen zu-

³⁶ Kritisch dazu etwa die Kommission Forschung Baden-Württemberg 2000, Abschlußbericht, S. 111 f.

mindest rein quantitativ die Fragen der Zusammensetzung von Universitäts-
gremien, die Ausstattung von Hochschullehrern und das Verhältnis von Uni-
versität und Staat im Vordergrund der Überlegungen³⁷. Offenbar geht man
davon aus, daß zumindest im staatlichen Bereich den Universitäten die maß-
gebliche Rolle im Wissenschaftsleben zukommt³⁸. Wie ausgeführt, ist dies je-
denfalls heute nicht mehr ohne weiteres richtig; erst recht kommen Zweifel
auf, wenn sich diese Aussage auf den gesamten Wissenschaftsbetrieb be-
zieht³⁹. Immerhin hat es bis zum Jahre 1992 gedauert, bis sich das Bundesver-
fassungsgericht in einem Urteil mit der Bedeutung von Art. 5 Abs. 3 GG für
außeruniversitäre Forschung befassen mußte⁴⁰. Der Umstand, daß die jüngst
verabschiedeten Landesverfassungen wie erwähnt in ihrer Mehrzahl auch
außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtungen in der einen oder anderen
Form erwähnen, macht deren steigende Bedeutung deutlich.

Hinsichtlich des außeruniversitären Bereiches lassen sich am ehesten noch
für die sonstigen Institutionen des »mit öffentlichen Mitteln eingerichteten
und unterhaltenen Wissenschaftsbetriebes« – so die Formulierung des Bun-
desverfassungsgerichts in seiner Entscheidung zum niedersächsischen Vor-
schaltgesetz⁴¹ – Stellungnahmen finden, wobei auch hier bislang vor allem
vergleichsweise universitätsnahe Einrichtungen wie die Max-Planck-Gesell-
schaft auf Interesse gestoßen sind. Großforschungseinrichtungen und Res-
sortforschungsinstitute sind bislang kaum untersucht worden, erst recht
nicht die Frage, ob – wenigstens partiell – auch private Einrichtungen vom
objektivrechtlichen Gehalt der Wissenschaftsfreiheit profitieren können. Da
außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wenigstens zum Teil auch ganz
andere Funktionen als das Hochschulwesen erfüllen, scheidet schließlich
ebenso umgekehrt eine pauschale Übernahme aller für die Hochschulen
entwickelten Grundsätze⁴² auf die hier zu untersuchenden Einrichtungen
selbst für den staatlichen Bereich aus⁴³.

³⁷ Vgl. etwa den Umfang der Ausführungen zu den verschiedenen Problemfeldern
in einschlägigen Lehr- und Handbüchern sowie Kommentaren sowie die entsprechen-
den Literaturverzeichnisse.

³⁸ So ausdrücklich *Erichsen/Scherzberg*, Determinanten, S. 9.

³⁹ Vgl. *Murswiek*, Grundrechtsdogmatische Fragen, S. 648; ferner *Häberle*, Freiheit,
S. 338.

⁴⁰ Urteil vom 10.3.1992, BVerfGE 85, 360 – Akademie der Wissenschaften; siehe
ferner die einstweilige Anordnung in diesen Verfahren vom 19.12.1991, BVerfGE 85,
167. Über die Rechtsstellung von Industrieforschern hatte das Gericht bereits 1978 zu
befinden, doch hat es damals (nur) Art. 12 GG als Maßstab herangezogen (BVerfGE 48,
376 und dazu unten S. 104 ff.). Ferner hatte sich die KPD in ihrem Verbotsverfahren auf
die Wissenschaftsfreiheit berufen, doch sah das Gericht dort bereits den Tatbestand der
Wissenschaftsfreiheit nicht als gegeben an (BVerfGE 5, 85 [146]; siehe dazu unten S. 95).

⁴¹ BVerfGE 35, 79 (115).

⁴² In diesem Sinne aber tendenziell *Meusel*, Grundprobleme, S. 43 ff.; *ders.*, Außer-
universitäre Forschung, Rdnr. 199.

⁴³ *Ullrich*, Privatrechtsfragen, S. 278 Fn 135; zur Bedeutung der Funktion einer Ein-
richtung siehe auch BVerfGE 35, 79 (121) – nds.VorschaltG.

Etwas weniger stark ist die Verengung des Blickwinkels hinsichtlich des individuellen Abwehrrechts, doch geht die Literatur über den Hinweis selten hinaus, daß Art. 5 Abs. 3 GG auch angewandte Forschung einschließlich der Industrieforschung schütze. Dies ist zwar richtig, doch fangen mit dieser Feststellung die entscheidenden Probleme erst an.

2. Strukturunterschiede zwischen Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen

Die bisherige Vernachlässigung außeruniversitärer wissenschaftlicher Einrichtungen ist insofern etwas überraschend, als diese zum einen, wie bereits erläutert wurde, rein quantitativ mittlerweile eine ganz erhebliche Rolle einnehmen, und zum anderen hinsichtlich ihrer inneren organisatorischen Struktur durchweg und hinsichtlich ihrer Aufgaben ganz überwiegend erhebliche Unterschiede zu den Hochschulen aufweisen. So dominiert im Hochschulwesen zumindest auf institutioneller Ebene nach wie vor der Grundsatz wissenschaftlicher Selbstverwaltung. Demgegenüber spielt externer Einfluß nicht nur bei der Industrieforschung eine erhebliche Rolle. Vielmehr finden sich Vertreter der Wirtschaft etwa auch in einigen Aufsichtsräten der (staatlich organisierten) Großforschungseinrichtungen, und die staatliche Grundfinanzierung der meisten Institute der Fraunhofergesellschaft ist unmittelbar abhängig vom Umfang eingeworbener Drittmittel, die hier überwiegend aus dem Industriebereich stammen.

Auch der Staat besitzt in vielen von ihm zumindest mitfinanzierten Einrichtungen einen weitaus größeren Einfluß als in den Hochschulen. Bei Großforschungseinrichtungen etwa besteht in der Regel nicht nur ein staatlich majorisierter Aufsichtsrat. Dieser verfügt auch über weitreichende Befugnisse, etwa das Recht, die Forschungsprogramme zu beschließen und forschungspolitische Weisungen zu erteilen. Einige Forschungseinrichtungen sind sogar als unmittelbar in die allgemeine Staatsverwaltung integrierte Behörden organisiert, insbesondere die sogenannte, unten näher zu erläuternde Ressortforschung, obwohl jedenfalls nicht alle diese Einrichtungen der übergeordneten Verwaltung zuarbeiten.

Diese Unterschiede schlagen sich auch in der Stellung der einzelnen Wissenschaftler nieder. An den Hochschulen können materiell abgesicherte Professoren frei, nach eigener Schwerpunktsetzung und mit eigenen Mitteln forschen und im wesentlichen auch lehren; Auftragsforschung für Dritte setzt die Bereitschaft des betreffenden Wissenschaftlers voraus. Demgegenüber verfügen die Personen, die an außeruniversitären Einrichtungen mit wissenschaftlichem Anspruch arbeiten, vielfach über eine erheblich geringere Unabhängigkeit. Zwar sind bei einigen Forschungseinrichtungen, sowohl im privat als auch im staatlich finanzierten Bereich, die Wissenschaftler – abgesehen von einer grundsätzlichen thematischen Bindung – frei in ihren wissenschaftsrelevanten Entscheidungen. Daneben aber gibt es, und nicht

Sachregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Fußnoten

- Abwehrrecht
– s. Wissenschaftsfreiheit
Akademie der Wissenschaften 47, 55 f., 64, 244
– der DDR 51, 55 f., 70 f., 248, 279, 330 ff.
An-Institute 57
Alexander-von-Humboldt-Stiftung 67 f., 244, 345
Alfred-Wegener-Institut 53 ff., 295, 317, 320
Arbeitnehmererfindungsgesetz 178 ff., 295 ff., 362
Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) 55
Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) 39, 64, 68 f., 142, 282, 345
Arbeitsverträge
– Abschluß 103, 151, 153, 168, 194 f., 198 f., 299, 323 ff.
– Befristung 105 f., 169 ff., 299 ff., 324
– Kündigung 158, 159, 168 f., 172 ff., 195 f., 199, 278, 290, 300, 330
Arbeitszeit 103, 175, 196, 200, 305, 327 f.
Aufsichtsorgane 10, 49 f., 52, 54 f., 59, 186, 201, 259, 264, 271 f., 275, 289, 309 f., 318 ff., 322 f.
Auftragsforschung 10, 38, 40, 46, 50 ff., 84, 239, 243 f., 291 f., 297, 319
Ausschließlichkeitsprinzip 30 f., 34, 39, 176 ff., 204, 239, 297, 319
Berufsfreiheit 129, 145
– des Arbeitgebers 104, 144, 177, 185
– des Arbeitnehmers 104 ff., 77, 143, 151, 169, 174, 185, 198, 301, 312
Bestandschutz 127 f.
– von Arbeitsverträgen: s. Befristung, Kündigung
– von Einrichtungen 328 ff., 343
Betriebsrat 50, 185 ff., 313 f., 321
Bewertung (von Forschungsergebnissen) 75, 86, 240, 338
– s. auch Eigenverantwortlichkeit
Blaue Liste 47 f., 62, 71
Bundesgesundheitsamt (BGA) 59 f., 63, 244
Daseinsvorsorge 8, 45 f., 53 f., 230, 238 ff., 247 ff., 271 ff., 287, 289, 292, 297 f., 318 f., 336, 346, 364
Demokratie 2 f., 13, 15, 97 f., 137, 226 ff., 237, 265 ff., 276
– s. auch (demokratische) Legitimation
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) 42, 47, 67, 69, 142, 235, 244, 262, 268, 325, 336 f., 342 ff.
Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DLR) 46, 53 ff., 142, 317, 318, 320
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) 67
Deutsches Archäologisches Institut (DAI) 58 f., 64, 244, 295, 318, 319
Deutsches Elektronensynchrotron (DESY) 53 ff., 295, 310, 317, 318, 320
Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ) 53 ff., 295, 322
Dimensionen der Wissenschaftsfreiheit
– s. Wissenschaftsfreiheit
Drittwirkung
– s. Wissenschaftsfreiheit
Eigenbedarf (des Staates an wissenschaftlicher Erkenntnis) 2, 19, 44 f., 57 f., 62, 73 f., 124, 231, 236, 240 ff., 247, 288, 310, 340 f., 350 ff., 364
Eigentum(srechte) 129, 140, 144, 149, 153, 177, 283
– geistiges Eigentum 92, 99, 297

- Eigenverantwortlichkeit (des Wissenschaftlers) 76, 81 ff., 84 ff., 91, 125, 152, 154, 157, 165 ff., 184, 194, 201, 207, 224, 229, 249, 253, 258, 278, 290
- Eingriff
– s. Wissenschaftsfreiheit
- Einheit (deutsche) 6, 8, 71, 127, 330 ff.
- Einigungsvertrag 8, 16, 56, 71, 248, 279, 330 ff.
- Einwilligung 86, 100, 121, 146, 151, 154 f., 157, 159, 162, 164, 220 ff., 283, 290, 292, 301, 304, 315 f., 326, 333, 336, 351
- Entwicklung 6, 33, 36, 98 ff., 178 ff., 191, 205
- Folgen (von Forschung) 86, 96 ff., 100 ff., 159, 249, 272 f., 336, 338
- Förderpflicht (des Staates)
– s. Wissenschaftsfreiheit
- Forschung
– anwendungsnahe Forschung 4 f., 22 ff., 28 ff., 34 ff., 44 ff., 51, 238, 241
– anwendungsorientierte Forschung 2 f., 4 f., 7 f., 22 ff., 27 ff., 34 ff., 44, 49, 51, 53 f., 84 f., 137, 144, 176, 187 f., 207 ff., 232, 234, 237 ff., 249, 272 f., 278, 287, 306, 318, 340
– Grundlagenforschung 4 f., 8, 22 ff., 34, 44, 48, 53, 84, 241 f., 203 f., 232, 336
– zweckfreie Forschung 4 f., 22 ff., 38, 44, 60, 64, 84, 136, 232, 234, 236, 240, 292, 296 f., 305, 323
- Forschungsergebnisse
– Verbreitung 86 f., 75 f., 91, 99 ff., 160 ff.
– Veröffentlichung: s. dort
– Zurechnung an Arbeitgeber 163, 180, 294 f., 354
– Zurechnung an Arbeitnehmer 93 f., 163 ff., 166, 295, 353
- Forschungsförderung 18, 15 f.
– Grundrechtsschutz: s. dort
– institutionell 8, 31, 42 f., 46 ff., 71, 139, 213, 231, 284, 333, 337, 347
– privat 41 f., 154, 207 ff., 214
– projektbezogen 31, 42, 62 ff., 154, 173, 231, 289, 333 ff.
– staatlich 43, 46 ff., 62 ff., 71, 123, 139, 219 ff., 226 ff., 246 f., 250 ff., 278 ff., 273 f., 284, 289, 323, 333 ff.; s. auch Wissenschaftsfreiheit/Förderpflicht
- Forschungsprojekte 24, 27 ff., 34, 38, 50, 53 f., 57, 75, 84, 111, 222 f., 233, 239, 246, 291, 296, 315 ff., 323, 336
- Forschungszentrum Jülich (KFA) 53 ff., 293, 295, 320, 322
- Fraunhofergesellschaft (FhG) 10, 47, 51 f., 64, 71, 142, 235, 243, 298, 329, 357 f., 341
- friedliche Zwecke (von Forschung) 293 f.
- Geheimhaltung
– s. Publikationsverbot
- geistige Freiheit(en) 77 ff., 98, 129, 144, 153, 226 ff., 168, 217, 352
- Gemeinschaftsforschung (in der Industrie) 39, 202 ff., 282
- Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ) 53 ff., 295, 322
- Gesellschaft für biotechnologische Forschung (GBF) 53 ff., 295, 322
- Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) 53 ff., 295, 312, 322
- Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) 53 ff., 295, 317
- Gesetzesvorbehalt
– bei Grundrechtseinschränkungen 77, 123 f.
– i.S.v. Parlamentsvorbehalt 123, 267, 275 ff., 343, 328 ff.
- Gewissensfreiheit 77, 100 ff., 115, 143, 151, 153, 158 f., 351
- GKSS-Forschungszentrum Geesthacht 53 ff., 142, 293, 295, 312, 322
- Gleichbehandlung 16, 145, 171, 216 ff., 221 f., 238, 249, 277, 299, 340
– s. auch Homogenität
- Gremien (allgemein) 49 ff., 52, 54 f., 64 ff., 259 f., 268 f., 274 f., 280, 282, 290, 308 ff., 315 ff., 344, 346
– s. auch Aufsichtsorgane, Betriebsrat, Mitbestimmung, Personalrat
- Großforschungseinrichtungen (GFE) 6, 9 f., 47, 53 ff., 63 f., 75, 235, 244, 271, 273, 311, 314, 318, 320 f., 322, 341
- Grundrechtsschutz
– des Arbeitgebers (als solchem) 103 f., 111 f., 143, 153

- des Forschungsförderers 112 f., 208 ff., 255 f., 343, 347
- gemischter Einrichtungen 283, 357
- juristischer Personen (allgemein) 111 f., 114 ff.
- im öffentlichen Dienst (Außenverhältnis) 109, 349
- im öffentlichen Dienst (Innenverhältnis) 245 ff. 286 ff., 350 ff.
- in privaten Arbeitsverhältnissen 142 f., 156 ff., 281 f.
- privater Einrichtungen 143, 153, 168 ff., 176 ff., 185 ff., 197 ff., 202
- staatlicher Einrichtungen 109, 117 ff., 247, 254 ff., 287, 294, 303, 329
- Zurechnung an einen Arbeitgeber 111, 116 f., 143 f., 153, 254 f., 283 f.
- GSF-Forschungszentrum 53 ff., 293, 295, 312, 322
- Hahn-Meitner-Institut (HMI) 53 ff., 46, 293, 312, 322
- Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA) 47, 244
- Haushalt
 - des Staates 46, 55, 276 f., 300
 - einer wissenschaftlichen Einrichtung 50 ff., 55, 66, 230, 273 f., 280, 299, 315, 323, 347
- Haushaltsrecht 46, 55, 276 f., 282, 284, 299, 340
 - s. auch Kontrolle/Finanzkontrolle
- Hochschule 5 ff., 14, 50, 52, 55, 57, 59, 70 f., 105 f., 111, 117, 125, 216, 228 f., 235 f., 260 f., 267, 280, 288 f., 289, 295, 297, 305, 310 ff., 324, 331, 344 f., 362 f.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 64, 67, 345
- Homogenität (von Gruppen) 262, 308 f., 310 ff., 343 f.
- Industrieforschung 1 f., 5 f., 9, 10 f., 27, 33 ff., 48, 70 f., 84, 89, 143, 151, 153, 171, 177, 190, 203 ff., 232, 272, 341
- Institut für Plasmaphysik (IPP) 53 ff., 317
- Institutionelle Garantie (i.S.v. Carl Schmitt)
 - s. Wissenschaftsfreiheit
- internationale Verflechtung der Forschung 17 ff., 59, 64, 67, 242
 - juristische Person
 - Begriff 114 f., 117
 - Grundrechtsschutz: s. dort
 - Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) 49
 - Kartellrecht 201 ff.
 - Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) 46, 53 ff., 293, 295, 320, 322
 - Kontrolle 209, 310, 339 f.,
 - Finanzkontrolle 51, 67, 142, 209, 250 ff., 310
 - Qualitätskontrolle 209, 248 ff., 316 ff., 322, 334
 - Kooperation (von Forschern/Forschungseinrichtungen) 6, 37 ff., 50, 52, 55, 87 f., 203 ff., 258, 291 f., 315 ff.
 - mit Verwendern: s. Auftragsforschung sowie (anwendungsorientierte) Forschung
 - Kultusministerkonferenz (KMK) 67, 345
 - Kunsthfreiheit 79, 83, 217
 - Landesverfassung 6 f.
 - Legitimation
 - demokratisch 257, 263 ff., 272 f., 282, 344 f., 351
 - grundrechtlich/individuell 259 ff., 264 f., 282, 308 ff., 317 f., 343 ff.
 - grundrechtlich/institutionell 261 ff.
 - Lehre 14, 72, 75 f., 90, 216, 229, 296
 - s. auch Veröffentlichung
 - Leitung (einer wissenschaftlichen Einrichtung) 11, 50, 52, 54, 59, 105, 308 ff., 315, 317 f., 323 f., 341, 359
 - Max-Planck-Gesellschaft (MPG) 9, 42, 46 ff., 52, 54, 64, 67, 71, 142, 230, 235, 242, 244
 - Max-Delbrück-Centrum (MDC) 53 ff., 295, 322
 - Meinungsfreiheit
 - s. geistige Freiheiten
 - Methodenwahl 75 f., 84 f., 224, 240, 249, 336 f.
 - s. auch Eigenverantwortlichkeit
 - Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) 61, 244, 319
 - Mitarbeiter
 - sonstige 103 ff., 197, 312 ff., 321, 327 f.
 - wissenschaftliche 49 f., 54 f., 88, 103 ff., 194, 290, 300 f., 310 ff., 317, 324, 326 f.

- wissenschaftlich-technische 54 f., 312
- Mitbestimmung 9, 49 f., 54 f., 105, 127, 131, 184 ff., 200, 264, 280, 310 ff., 323 ff.
- s. auch Betriebsrat, Personalrat
- Nachprüfbarkeit (von Forschungsergebnissen) 24 f., 63, 78 ff., 86, 89, 91 f., 94, 96, 233, 248, 250, 262, 337, 355
- s. auch Wahrheit
- Namensnennung 87 f., 163 ff., 295, 352 f.
- Nebentätigkeit 7, 41
- im öffentlichen Dienst 301 ff., 353 ff.
- im privaten Dienst 163, 174 ff.
- Neutralität 125, 216 f., 221 f., 278
- Notgemeinschaft für die deutsche Forschung 64
- Nutzer (von Forschungsergebnissen) 11, 40, 58, 233, 264, 271 ff., 318
- s. auch Eigenbedarf des Staates sowie Industrieforschung
- objektives Recht 8 f., 134 f.
- s. auch Wissenschaftsfreiheit/Wertordnung
- Organisation 31 f., 121, 130 ff.
- im privaten Bereich 36, 183 ff.
- im staatlichen Bereich 257 ff., 280, 307 ff., 341 ff., 358
- Organisationsgewalt 3, 103 f., 111, 141
- private Träger 143, 153, 168 ff.
- staatliche Träger 274, 258, 280, 328 ff., 343
- Patentrecht 31, 99, 204
- s. auch Arbeitnehmererfindungsgesetz
- Personalrat 267, 313, 325 ff., 327, 358
- Persönlichkeitsrecht 92 ff., 153, 166 f., 182
- Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB, PTR) 60 f., 64, 244
- Pluralismus
- bei der Forschungsförderung 113, 246, 334, 342 f.
- gesellschaftlich 227, 239, 355,
- wissenschaftlich 3, 125, 128, 202, 233 f., 237, 240, 246, 262, 291 f., 322, 355
- Politik (und Wissenschaft) 2 f., 11, 28, 44 f., 53, 62, 97 f., 226 f., 240 ff., 352, 354
- Privatautonomie 146 ff., 155
- Publikation
- s. Veröffentlichung
- Qualifikation
- s. Sachkunde
- Rechtsform (einer Einrichtung) 109, 118, 139, 243, 277, 332, 343, 356 f.
- Ressortforschung 9 ff., 38, 48, 51, 58, 70 f., 75, 109, 117, 141, 223, 236, 241 f., 277, 341, 348 ff.
- Rundfunk 117, 129, 169, 245 f., 248, 263 f., 275
- Sachkunde 108, 131, 194, 198, 225, 252, 260 f., 272, 279, 291, 322, 324, 342, 345
- Schutzpflicht
- des Arbeitgebers 165, 167, 182, 295
- des Staates 126 ff., 133, 147, 153, 202, 225
- scientific community 1, 4, 24 f., 44, 73, 82, 89, 128, 230, 261, 264, 271, 318, 364
- Selbstverwaltung 5, 8, 10, 53 f., 56, 64, 130, 215 f., 233, 257 f., 259 ff., 262, 269, 308, 317, 323 f., 330 f., 346, 363
- Sparsamkeitsgebot 248, 250 ff., 315 f.
- Staatsferne
- s. Wissenschaftsfreiheit/negative Dimension
- Steuerrecht 41, 62, 154, 207, 214 f., 278
- Stifterverband 42
- Stiftung(srecht) 118 f., 141, 208 ff.
- Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) 56 f., 244
- subjektives Recht 134 f., 150, 247 f.
- Subjektivität (wissenschaftlicher Erkenntnis) 79 f., 82, 91 ff., 103, 158, 167 f., 194, 223, 258, 354 f.
- Subsidiaritätsprinzip 239 f., 318, 336
- Tendenz 83, 158, 181, 172 f.
- Schutz 158, 184 ff., 208, 314, 321
- Träger 158, 191, 193 ff.
- Thyssen-Stiftung 42
- Umweltbundesamt (UBA) 60, 63, 244
- Umweltforschungszentrum (UFZ) 53 ff., 295, 322
- Universität
- s. Hochschule
- Urheberrecht 88, 91 ff., 99, 352 f.
- bei Arbeitnehmern 160 ff., 176 ff., 295 ff.

- Verantwortung
- des Forschers allgemein: s. Gewissensfreiheit
 - für die Schaffung von Grundrechtsvorsetzungen 126 f., 150 ff., 157, 212 ff., 154
 - wissenschaftlich: s. Eigenverantwortung
- Verbreitung der Forschungsergebnisse
- s. dort
- Verfahren 121, 126, 130 ff., 167 f., 182 f., 185, 192 ff., 218, 252, 261, 264, 304, 326, 345 ff., 356
- Veröffentlichung der Forschungsergebnisse 14, 50, 193
- Bedeutung 24, 89 f., 129, 234, 237
 - Begriff 76, 81, 86 ff.
 - Beschränkung 30, 154, 163, 175 ff., 224, 297 f.
 - Pflicht 162, 224 f., 288 f., 295 ff., 338, 340, 351 f.
 - Recht 90 f., 93 f., 99, 111, 160 ff., 175 f., 224, 294 ff., 352 ff.
- Verwertung der Forschungsergebnisse 2 f., 27 ff., 41, 76, 89, 95, 97 ff., 100, 113, 154, 157, 159, 176, 187 f., 206, 232 f., 293 f., 297, 338 f.
- Verwertungsabsicht: s. anwendungsorientierte Forschung
- Volkswagenstiftung 66 f., 337
- Wahrheit 25, 74, 82 f., 233, 250
- s. auch Nachprüfbarkeit
- Weisungsrecht (im Arbeitsverhältnis) 75, 84, 86, 88, 103, 140
- in privaten Einrichtungen 152, 156 ff., 184, 201
 - in staatlich Einrichtungen 290, 293, 315 ff., 322, 350
- Wertfreiheit 78, 95 ff., 100
- Wertordnung
- s. Wissenschaftsfreiheit
- Wesensgehalt
- s. Wissenschaftsfreiheit
- Westdeutsche Rektorenkonferenz
- s. Hochschulrektoren-Konferenz
- Wissenschaftler
- Mitarbeiter: s. dort
 - verantwortlicher Wissenschaftler 49 ff., 52, 54 f., 88, 184, 290 f., 295, 300, 310 f., 315 ff., 324 f., 341
- Wissenschaftsbegriff
- allgemein: s. Eigenverantwortlichkeit
 - offen/formal 73 f., 100, 137 f., 188, 234, 237
 - material 73, 85, 236, 270, 342
- Wissenschaftsfreiheit
- Abwehrrecht 8, 120 ff., 128, 133 f., 146, 148 f., 288 f.
 - Drittwirkung 145 ff., 156
 - Eingriff 77, 120 ff., 128, 131, 146, 148 f., 220 f., 276
 - Förderpflicht zugunsten der Wissenschaft allgemein 213 f., 235 ff., 329, 335, 347
 - Förderpflicht eines einzelnen Wissenschaftlers 126, 212 f., 239, 248, 298 f.
 - Funktionsgrundrecht 245 ff., 248, 350
 - individuelle Dimension 125, 130 ff., 219 ff., 245 ff., 288
 - institutionelle Dimension 125, 128 ff., 168 f., 202, 214, 226 ff., 231 ff., 245 ff., 261, 265, 267, 289, 292, 300, 321 ff., 345 f., 352
 - institutionelle Garantie 8, 130, 132, 215 f., 228 f., 363
 - negative Dimension 125, 130 ff., 214, 219 ff., 226 ff., 231, 261, 265, 267, 288 ff., 321 ff., 345 f., 352
 - negative Freiheit 76, 89, 93, 100, 153, 255, 288 f.
 - positive Dimension 125 ff., 217, 231 ff.
 - Schutzpflicht: s. dort
 - Wertordnung 8, 13, 110, 120, 122, 125 ff., 152, 288 f.
 - Wesensgehalt 19, 77, 124
 - s. auch: Organisationsgewalt/private Träger sowie (grundrechtliche) Legitimation